

Jahresbericht 2015



Heute für ein **besseres** Morgen.



Jahresbericht 2015

der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

Redaktion: DFK-Geschäftsstelle
Redaktionsschluss: 30. April 2016

© Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention
Bonn, 2016
Alle Rechte vorbehalten

Leitbild

Die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

- sieht gesamtgesellschaftliches, auf Nachhaltigkeit angelegtes Wirken als unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Reduzierung von Kriminalität und die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit an. Kernanliegen ist es, Prävention als Aufgabe in der Verantwortung jedes Einzelnen sowie aller Institutionen und Organisationen von Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren.
- versteht sich als kompetentes Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und fördert die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure.
- bezieht Position zu präventionsrelevanten Themen im Kontext der inneren Sicherheit und vertritt diese konsequent nach außen.
- ergreift die Initiative bei kriminalpräventiven Problemstellungen und stellt dabei Themen von grundlegendem Interesse in den Mittelpunkt.
- setzt sich für eine Verbesserung der Lebenssituation und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer Basisprävention ein.
- trägt dazu bei, dass präventionsrelevante Ansätze und Einwirkungsmöglichkeiten aufeinander abgestimmt den vielfältigen Entstehungsbedingungen und Wirkungszusammenhängen von Kriminalität Rechnung tragen.

Inhalt

1. Überblick 2015.....	4
2. Sitzung des Kuratoriums am 22. Juni 2015.....	8
3. Zu den Arbeitsschwerpunkten und anderen Tätigkeitsbereichen.....	11
3.1 Entwicklungsförderung und Gewaltprävention	11
3.1.1 Das DFK - Informationsportal „Wegweiser Prävention“	11
3.1.2 Projektarbeit	12
3.1.3 Kompendium „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention“	14
3.2 Vernetzung und Bündelung kriminalpräventiver Aktivitäten	15
3.2.1 Prävention von Wohnungseinbruch	15
3.2.2 Prävention von (Rechts-) Extremismus	17
3.2.3 Wirtschaftsschutz und Wirtschaftskriminalität	19
3.2.4 Informations- und Servicestelle für Präventions- planung (ISeP)	19
3.3 Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN).....	20
3.4 Kooperationspartnerschaft „Deutscher Präventionstag“ (DPT).....	20
3.5 Mitarbeit im Städtenetzwerk Kriminalprävention.....	22
3.6 DFK-Wirtschaftsdialog	23
3.7 Wissensmanagement und Öffentlichkeitsarbeit: Website, Newsletter, Fachpublikationen, Zeitschrift	24
4. Arbeitsstelle Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK).....	26
5. Organisation, Personal und Finanzlage der Stiftung	29
5.1 Organisation	29
5.2 Personal	29
5.3 Finanzlage.....	29
5.4 Jahresabschluss 2014	31
Anhang I: Mitglieder des Kuratoriums.....	32
Anhang II: Mitglieder des Vorstandes, Beisitzer, Geschäftsstelle	35

1. Überblick 2015

Überblick

Entwicklungsförderung und Gewaltprävention, Maßnahmen zur Prävention von Wohnungseinbruch sowie intensive Vorbereitungsarbeiten zur Einrichtung einer Arbeitsstelle „Nationales Zentrum für Kriminalprävention“ - dies sind drei der besonders hervorzuhebenden Betätigungsfelder aus dem Themenspektrum der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) im Berichtsjahr 2015. Daneben war die Arbeit durch zahlreiche weitere Präventionsaktivitäten geprägt, über die dieser Jahresbericht ebenso Auskunft gibt wie über die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen der Stiftung.

Projekt Entwicklungsförderung und Gewaltprävention

Nachdem im Projekt „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen“ mit der Freischaltung des Informationsportals „Wegweiser Prävention“ bereits im Jahre 2014 ein Meilenstein gesetzt worden war, standen in 2015 Fragestellungen der idealen Implementierung entsprechender Präventionsprogramme im Vordergrund. Flankiert wurde dies durch weitere Maßnahmen, unter anderem durch die zu Jahresbeginn erfolgte Herausgabe des Kompendiums „Entwicklungsförderung & Gewaltprävention - Aktuelle Beiträge aus Wissenschaft und Praxis“. Eine ausführliche Beschreibung dieser und weiterer im Projekt durchgeführter Arbeiten findet sich in Kapitel 3.1 dieses Berichtes.

Bekämpfung des Wohnungseinbruchs

Beachtliche Fortschritte sind auf dem Gebiet der Wohnungseinbruchsprävention zu verzeichnen. Nachdem bereits im Vorjahr wohnwirtschaftliche Förderanreize konzipiert und umgesetzt worden waren, gelang es im Berichtsjahr, ein eigenständiges, die bisherigen finanziellen Anreize ergänzendes Förderprogramm anzustoßen: Seit November 2015 wird über die KfW-Bankengruppe die Investition in Maßnahmen des Einbruchschutzes gezielt bezuschusst. Hierfür stehen jährlich Mittel in Höhe von 10 Mio. Euro zur Verfügung. Näheres zu diesem Förderprogramm und sonstigen Aktivitäten des DFK bei der Prävention des Wohnungseinbruchs sind in Kapitel 3.2 dieses Berichtes nachlesbar.

Prävention von Rechtsextremismus

Ebenfalls in Kapitel 3.2 beschrieben sind weitere Maßnahmen - darunter zur Prävention von Rechtsextremismus – die im Berichtsjahr mit Hilfe des vom Arbeitskreis II „Innere Sicherheit“ der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder dem DFK zur Verfügung gestellten Länderpersonals in Angriff genommen werden konnten.

Arbeitsstelle Nationales Zentrum für Kriminalprävention

Strukturell standen im Berichtsjahr umfangreiche Maßnahmen zur Errichtung der Arbeitsstelle „Nationales Zentrum für Kriminalprävention“ (NZK) im Vordergrund, die am 1. Januar 2016 mit insgesamt vier Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ihre Arbeit aufgenommen hat. Der Impuls zur Einrichtung dieser Arbeitsstelle geht auf einen Vorschlag aus dem Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin aus der 17. Legislaturperiode zurück: Experten der Arbeitsgruppe „Kriminalität und Sicherheit“ hatten im Jahre 2012 die Schaffung eines interdisziplinären Zentrums empfohlen, das sich am Modell einer evidenzbasierten Medizin orientiert und kurz-, mittel- und langfristig Wissen für eine evidenzbasierte Prävention und Kontrolle von Kriminalität erarbeiten und für die Politik handlungsorientiert aufbereiten soll. Intensive Vorbereitungsarbeiten, darunter die im Berichtsjahr durchgeführten Auswahlverfahren zur Gewinnung wissenschaftlichen Personals, führten schließlich zum

Startschuss des aus Mitteln des Bundesministeriums des Innern finanzierten NZK pünktlich zum Jahreswechsel 2015/2016. Näheres zu Genese, Auftrag, Ressourcen und aktuellen Aufgaben des NZK findet sich in Kapitel 4 dieses Berichtes.

Kriminalprävention und Risikomanagement aus wissenschaftlicher Sicht stärker zu erforschen ist seit dem Jahre 2013 auch Gegenstand der gleichnamigen, von Frau Prof. Dr. Rita Haverkamp geleiteten Professur an der Eberhard Karls Universität Tübingen, der deutschlandweit ersten universitären Forschungseinrichtung dieser Art. Die Aktivitäten der Professur, die ebenfalls durch von der Stiftung ausgereichte Mittel des Bundesministeriums des Innern gefördert wird, wurden im Berichtsjahr weiter ausgebaut. Über die Forschungsprojekte der Professur gibt ihr Internetauftritt www.jura.uni-tuebingen.de/professoren_und_dozenten/haverkamp nähere Auskunft.

*Professur für
Kriminalprävention und
Risikomanagement*

Dass die anhaltende Niedrigzinsphase die Stiftung vor besondere Herausforderungen stellt, musste in den letzten Jahresberichten bereits mehrfach dargelegt werden. Die Situation hat sich auch im zurückliegenden Jahr erwartungsgemäß nicht wesentlich verändert. Dass der Stiftungszweck, die Kriminalprävention in allen Aspekten zu fördern, dennoch erfüllt werden konnte, ist auch im Berichtsjahr 2015 dem mit Augenmaß erfolgten Mitteleinsatz, Unterstützungsleistungen aus dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und dem Bundesministerium des Innern sowie insbesondere dem erneut hochengagierten Einsatz des Geschäftsstellenteams zu verdanken. Nähere Ausführungen zu den finanziellen und personellen Rahmenbedingungen der Stiftung finden sich in den Kapiteln 5.2 und 5.3 dieses Berichtes.

*Rahmenbedingungen
der Stiftungsarbeit*

Nachfolgend die – in den einzelnen Kapiteln des Jahresberichtes teils vertieft beschriebenen – Tätigkeiten der Stiftung im Überblick:

- Fortsetzung des Projektes „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen (E&G)“:

Erweiterung des Wissensangebotes und des Wissensformates (Internet-Blog) im Informationsportal www.wegweiser-praevention.de, Herausgabe eines Kompendiums mit aktuellen Beiträgen zur Gewaltprävention aus Wissenschaft und Praxis, Durchführung externer Projekte und eines Projektworkshops im Themenbereich schulischer Gewaltprävention

*Entwicklungsförderung
und Gewaltprävention*

- Ausbau der Maßnahmen zur Prävention von Wohnungseinbruch unter Berücksichtigung von wohnwirtschaftlichen Förderansätzen

*Prävention von
Wohnungseinbruch*

- Prävention von (Rechts-) Extremismus:

Entwicklung und Herausgabe einer Handreichung für die Jugendarbeit im Rahmen der Wanderausstellung „VorBILDER – Sport und Politik vereint gegen Rechtsextremismus“

*Prävention von
(Rechts-)Extremismus*

- Nationale Kontaktstelle im „Europäischen Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)“:

Unterstützung der nationalen Repräsentanten bei der Vor- und Nachbereitung des deutschen Beitrages für die Europäische Best-Practice-Konferenz in Luxemburg zum Thema Cybercrime

*Europäisches Netzwerk
für Kriminalprävention
(EUCPN)*

- 20. DPT
 - Beteiligung am 20. Deutschen Präventionstag in Frankfurt am Main mit einem Präsentationsstand sowie unter anderem einem Fachvortrag zum Thema "Mehr Kooperation wagen, damit sich Prävention besser rechnet"

- Drogen- und Suchtrat*
 - Mitgliedschaft / Mitarbeit im nationalen Drogen- und Suchtrat
- Städtenetzwerk*
 - Mitgliedschaft / Mitarbeit im Städtenetzwerk Kriminalprävention
- Kinderfreundliche Kommunen*
 - Mitgliedschaft / Mitarbeit in der Sachverständigenkommission des Vereins „Kinderfreundliche Kommunen e.V.“
- Fachbeirat TARGET*
 - Mitgliedschaft / Mitarbeit im Fachbeirat des Forschungsverbundes „Tat- und Fallanalysen hochexpressiver zielgerichteter Gewalt (TARGET)“
- BLAG Häusliche Gewalt*
 - Mitgliedschaft / Mitarbeit in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Häusliche Gewalt
- Forum Compliance & Integrity*
 - Mitarbeit im Forum Compliance & Integrity – Anwenderrat für Wertemanagement (FCI)
- Bundesverband Innovative Bildungsprogramme
Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention*
 - Mitarbeit im „Bundesverband innovativer Bildungsprogramme (BIB)“
 - Mitarbeit im Fachbeirat der im Auftrag der Landeskommission Berlin gegen Gewalt eingerichteten Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention
- Sonstige Arbeitsgruppen*
 - Mitarbeit in weiteren Arbeitsgruppen, beispielsweise Bund-Länder-Projektgruppen der Polizeilichen Kriminalprävention zu den Themen Prävention von Rechtsextremismus sowie Einbruchschutz, Projektgruppe unter der Federführung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zum altersgerechten Umbau im Quartier innerhalb des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen, Projektgruppe unter der Federführung des Bundesministeriums des Innern zur Förderung des Wirtschaftsschutzes

- Kooperationen*
 - Kooperation mit den Landespräventionsgremien und Teilnahme an der Jahrestagung ihrer Geschäftsführer

- Fachvorträge*
 - Fachvorträge, Diskussionsbeiträge und Moderationen, unter anderem
 - zum Thema Prävention von Terrorismus:
Auf Einladung des Fachmagazins CRISIS PREVENTION diskutierten 75 Experten aus Verwaltung, Politik, Industrie und Hilfsorganisationen am 8. Oktober 2015 im WannseeForum in Berlin. Den programmatischen Abschluss der Veranstaltung bildete eine Podiumsdiskussion unter anderem mit dem Vorstandsvorsitzenden des DFK, Herrn Prof. Gerd Neubeck.
 - zum Thema Prävention von Cyberkriminalität:
Beim 10. NRW Sicherheitstag setzten über 100 Experten von Unternehmen, Behörden und Politik am 10. September 2015 bei der vom DFK moderierten Veranstaltung „Wer schützt uns morgen? Wirtschaftsschutz im Spannungsfeld von staatlicher Vorsorge und unternehmerischer Verantwortung“ im Post Tower in Bonn Schwerpunkte bei der Cyberkriminalität und dem Spannungsfeld staatlicher Vorsorge und unternehmerischer Verantwortung.
 - zum Thema Einbruchschutz:
Zu Finanzanreizen und Förderprogrammen zum Einbruchschutz wurden mehrere Vorträge auf Veranstaltungen einzelner Bundesländer bzw. kriminalpräventiver Räte auf Landesebene gehalten.

- Vertretung der Stiftung bei Landespräventionstagen sowie nationalen und internationalen Fachkongressen *Kongresse*
- „forum kriminalprävention“: Redaktion und Herausgabe der viermal jährlich erscheinenden Fachzeitschrift des DFK *forum kriminalprävention*
- Neugestaltung der DFK-Website und technischer Relaunch *Website*
- Redaktion und Herausgabe des DFK-Newsletters *Newsletter*
- Gewährleistung der Arbeit der Stiftungsorgane sowie der Stiftungsverwaltung (Kuratoriumssitzung, Vorstandssitzungen, Budgetplanung und Mittelverwaltung, Buchhaltung, Steuererklärung, Jahresabschluss, Jahresbericht) *Stiftungsverwaltung*
- Erledigung von Bürgeranfragen, Publikationsversand, Beantwortung journalistischer Anfragen etc. *Bürgeranfragen*

2. Sitzung des Kuratoriums am 22. Juni 2015

Kuratoriumssitzung 2015

Die jährliche Kuratoriumssitzung fand am 22. Juni 2015 im Konferenzzentrum des kurz zuvor eröffneten Neubaus des Bundesministeriums des Innern im Moabiter Werder statt.

Ansprache des Kuratoriumspräsidenten

Der Kuratoriumspräsident und Gastgeber, Herr Bundesminister des Innern Dr. Thomas de Maizière, hob in seinen Ausführungen unter anderem das Projekt des DFK zum Wohnungseinbruch hervor, das die Zielsetzung verfolgt, den Einbau von Sicherheitstechnik in Häusern und Wohnungen zu fördern, und gemeinsam mit der Polizeilichen Kriminalprävention initiiert wurde. Insbesondere seien die wohnwirtschaftlichen Förderanreize, die bereits seit Herbst 2014 in Verbindung mit altersgerechtem Umbauen und energieeffizientem Sanieren umgesetzt werden, sowie die vom Deutschen Bundestag für die nächsten Jahre jüngst beschlossene Fördermaßnahmen zum Einbruchschutz mit einem Finanzvolumen von 30 Millionen Euro wichtige Schritte zur Stärkung der bürgerschaftlichen Eigenvorsorge.



Das Kuratorium im „neuen“ BMI

Foto: BMI/DFK

Der Kuratoriumspräsident berichtet ferner von der Grundsteinlegung für ein Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK), für dessen Einrichtung und Betrieb das BMI bis einschließlich 2018 jährlich 500.000 Euro bereitgestellt habe. Die Gründungsidee geht auf einen von der Arbeitsgruppe „Kriminalität und Sicherheit“ erarbeiteten Vorschlag aus dem Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin aus der 17. Legislaturperiode zurück. Das NZK soll einen Beitrag für eine an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientierte Kriminalprävention leisten und dabei unter anderem eng mit dem DFK zusammenarbeiten (Anmerkung: Näheres zum NZK findet sich in Kapitel 4 dieses Berichtes).

Der Vizepräsident Herr Dr. Rüdiger Grube begrüßte diese vom BMI angestrebten neuen Entwicklungen. Die Anstrengungen der letzten Jahre zeigten, dass sich gemeinsame Präventionsarbeit in einem beim DFK verbundenen Netzwerk lohne. Wenn durch die Gründung des NZK jetzt die Wissenschaft stärker ins Boot geholt werde, sei dies eine wegweisende Entwicklung.

Die Vizepräsidentin Frau Ministerin Antje Niewisch-Lennartz betonte ebenfalls die Bedeutung eines interdisziplinären und ressortübergreifenden

Präventionsverständnisses mit seinen Bezügen zu anderen sozialen Handlungsfeldern. Das NZK, dessen Einrichtung sie sehr befürworte, könne in Kooperation mit dem DFK und anderen Akteuren weiter dazu beitragen, wirksame Präventionsansätze zu identifizieren und ihre stärkere Verbreitung zu empfehlen. Die Ministerin dankte den vielen Engagierten beim DFK und lobte die gute Kooperation mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen.



Präsidium des DFK

Foto: BMI/DFK

Inhaltlicher Schwerpunkt der Sitzung war der Vortrag von Herrn Professor Dr. Andreas Zick, dem Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld, zum Thema „Radikalisierung zur Gewalt: Befunde der Amok- und Terrorforschung und ihre Bedeutung für die Prävention und Intervention“.



Prof. Dr. Andreas Zick

Foto: BMI/DFK

Vortrag von
Herrn Prof. Dr. Zick

In seinem Vortrag entwickelte Herr Prof. Dr. Zick ein Gesamtbild zu der Frage, wie Menschen sich in größeren oder kleineren Gruppen radikalieren. Radikalisierung beginne demnach zumeist in Verbindung mit Selbstwahrnehmungen und Gefühlen der persönlichen Demütigung, Zurücksetzung, Ausgrenzung bzw. Desintegration. Diskriminierungserfahrungen und empfundene Handlungslosigkeit würden über verschiedene Wege von extremistischen und gewaltbereiten Gruppierungen aufgegriffen, indem man den Betroffenen neue Identifikations- und Integrationsmöglichkeiten anbiete. Herr Prof. Dr. Zick zerlegte den Prozess der Radikalisierung in unterschiedliche Ebenen der Selbstinszenierung des Extremen. Dazu gehörten auch die Inszenierung von Feindbildern, ideologisierte Heilsversprechen und Erlebniswelten bzw. eine spezifische Kultur von radikalisierten Gruppen. Die systematische Personal-

gewinnung durch islamistische Gruppierungen, propagandistische Polarisierungen und unterstützende Skripte führten zu besonderen Aufheizungen im Hinblick auf Gewalt und Terror. Mit Blick auf die Prävention betonte er, dass die Forschung zu den Risikofaktoren Gefährdungseinschätzungen bei auffälligen Personen ermögliche, so dass spezielle Präventions- und Interventionsmaßnahmen entwickelt werden könnten. Daneben stelle sich die generelle Frage, wie biografische Diskriminierungs- und Desintegrationserfahrungen in einer entwickelten Wohlstandsgesellschaft in den einzelnen Sozialisationsphasen junger Menschen verringert bzw. vermieden werden könnten, um radikalen Identifizierungsprozessen zuvorzukommen. In dieser Hinsicht werde nicht zuletzt die Fortsetzung des vom DFK eingeschlagenen Weges, Entwicklungsförderung und Gewaltprävention in Deutschland systematisch zu unterstützen, nachdrücklich empfohlen.



Prof. Neubeck, Dr. Grube, Bundesinnenminister Dr. de Maizière, Justizministerin Niewisch-Lennartz, Staatsminister Ulbig, Gerstenberg, Seitz, Daniel, Prof. Dr. Zick (v.l.n.r.)

Foto: BMII/DFK

3. Zu den Arbeitsschwerpunkten und anderen Tätigkeitsbereichen

3.1 Entwicklungsförderung und Gewaltprävention

3.1.1 Das DFK - Informationsportal „Wegweiser Prävention“

Das in Zusammenarbeit mit dem DFK-Sachverständigenrat konzipierte und vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) geförderte, webbasierte Informationsportal www.wegweiser-praevention.de, das seit Mai 2014 für Präventionsfachkräfte und Akteure aus Wissenschaft, Politik und Praxis zur Verfügung steht, wurde im Berichtsjahr kontinuierlich erweitert und ausgebaut.

Webportal
„Wegweiser Prävention“

Geführt von Leitfragen findet der Nutzer auf dem Portal gebündeltes Wissen für seine spezifischen Bedarfe:



Startseite des Informationsportals

In dem durch die Frage „WARUM brauchen wir Entwicklungsförderung & Gewaltprävention?“ eingeführten Themenbereich finden sich Informationen zu theoretischer Begründung, Strategie und Konzept des entwicklungsorientierten Präventionsansatzes. Dieser zielt auf die systematische Förderung einer gesunden Sozialentwicklung von Kindern und Jugendlichen und will sich anbahnende Negativentwicklungen frühzeitig unterbrechen. Literatur zur wissenschaftlichen Herleitung und Begründung des Ansatzes, zu strategischen Überlegungen und notwendigen Rahmenbedingungen für eine systematische Präventionsarbeit steht als Download zur Verfügung.

Strategie & Konzept

Entwicklungsorientierte
Präventionsarbeit

Die Fragen „WELCHE Programme können empfohlen werden?“ und „WO sind sie verbreitet?“ weisen insbesondere Verantwortlichen in Kitas und Schulen, aber auch in Kommunen und anderen mit Prävention befassten Einrichtungen den Weg zu theoretisch fundierten und evaluierten Programmen. Die Empfehlungen erfolgen in Kooperation mit dem LPR Niedersachsen, werden fortlaufend aktualisiert und dienen als Orientierungshilfe für die Auswahl bedarfsgerechter und passgenauer Präventionsprogramme.

Empfehlungen

Kooperation mit dem LPR
Niedersachsen

Internationale und nationale Forschungsergebnisse, praktische Arbeitshilfen, Erfahrungsberichte und „Tools“ werden angeboten zu dem zentralen Themenbereich der Implementierung, der unter der Frage „WIE werden Programme implementiert?“ hinterlegt ist.

Themenbereich
Implementierung

Neben der Auswahl eines passenden Programmes ist dessen evidenzbasierte Umsetzung eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass präventive Effekte erreicht werden. Die Einführung pädagogischer Präventionsmaßnahmen und deren nachhaltige Umsetzung in ein System ist ein anspruchsvoller und komplexer Prozess, der Veränderungen auf verschiedenen Ebenen eines Systems erfordert. Ziel des Informationsportales ist es dabei, Anwendern die Bedeutung guter Umsetzungsqualität bewusst zu machen, die Bereitschaft zu wecken, dem Prozess der Implementierung die erforderliche Aufmerksamkeit zu schenken und Hilfestellungen für die praktische Umsetzungsarbeit anzubieten.

Zu Fragen der Anwendungsqualität präventiver Maßnahmen werden von der Geschäftsstelle des DFK eigene Projekte initiiert und durchgeführt (siehe nachfolgend Kapitel 3.1.2), das erarbeitete Wissen wird in dem Portal anwendungsgerecht zur Verfügung gestellt.

3.1.2 Projektarbeit

Umsetzung eines idealen Implementationsmodelles in die Präventionspraxis

Implementationsbegleitung

Mit Projektfördermitteln aus dem Haushalt des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) konnte auf konzeptioneller Grundlage eine „ideale Implementierung“ in einer Modellkommune finanziert und dokumentiert werden. Dazu wurde einer Kommune, die sich für die Durchführung eines Präventionsprogrammes (Triple P) entschieden hatte, eine Fachkraft finanziert, die sich ausschließlich der Thematik einer systematischen und nachhaltigen Implementierung widmete. Über den Zeitraum von fast einem Jahr begleitete die Fachkraft beratend und steuernd den Prozess der Etablierung des Präventionsprogrammes über die fünf Phasen des Implementationsrahmenmodells (Kennenlernen, Entscheiden, Planen, Fortbilden, nachhaltig Implementieren). Mithilfe der von NIRN (The National Implementation Research Network) definierten Schlüsselfaktoren („key-drivers“) wurde die Implementationsplanung auf die spezifischen Bedarfe der Modellkommune angepasst und optimiert.

Internetblog

In einem Blog www.wegweiser-praevention.de/blog berichtete die Fachkraft regelmäßig anschaulich und verständlich über die Prozessbegleitung, hilfreiche Faktoren, Hemmnisse und Lösungsansätze; in einem zusammenfassenden Endbericht wurde die Projektdurchführung beschrieben, reflektiert und ein Fazit gezogen.

Das Projekt belegt, dass ein praktischer Transfer des Wissens aus der Implementationsforschung möglich ist, wenn entsprechende Ressourcen vorhanden sind. Der Implementierungsprozess in der Modellkommune ist überzeugend gelungen, weil fachliches Know-How und Unterstützung bei der Umsetzung zur Verfügung standen. Entscheider in Politik und Praxis sind zu motivieren, Implementierung nach Maßgabe der Erkenntnisse aus der Anwendungsforschung als langfristigen Prozess von Anfang an mit zu denken, zu planen und zu finanzieren, damit Prävention nachhaltig wirken kann.

Das Projekt wird im Folgejahr fortgeführt, indem die Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Implementationsbegleitung auf andere Sozialräume übertragen werden.

Konzeptionierung eines Implementationsmodelles schulischer Gewaltprävention

Ebenfalls mit Hilfe finanzieller Projektförderung durch das BMJV wurden die tatsächlichen Bedingungen, unter denen in Deutschland schulische Gewaltprävention stattfindet, untersucht.

*Konzeptionierung
schulischer
Gewaltprävention*

Bei der Prävention von Jugendgewalt kommt der Schule als weitreichende Bildungsinstitution eine zentrale Rolle zu. Hilfestellungen für eine langfristige Verbesserung der Rahmenbedingungen für diese fordernde Aufgabe zu erarbeiten, war Zielsetzung dieses Projektes. Dazu wurden der Ist-Stand schulischer Gewaltprävention in den verschiedenen Bundesländern systematisch betrachtet, Praxisvertreter aus den Bundesländern zu einem Erfahrungsaustausch eingeladen und Rahmenmodelle der Verankerung schulischer Gewaltprävention beschrieben (best-practice).

Für die Ist-Stand Analyse wurde Herr Prof. Dr. Wilfried Schubarth von der Universität Potsdam beauftragt, in einer Kurzstudie Daten zur aktuellen Situation schulischer Gewaltprävention in den Bundesländern zu erfassen. Mittels einer Dokumentenanalyse wurde die öffentliche (Online-) Darstellung der Bildungs- und Kultusministerien in Hinblick auf schulische Gewaltprävention erfasst, mittels einer Fragebogenerhebung wurden strukturelle und organisatorische Rahmenbedingungen bei den Ministerien erfragt. Die Endfassung der Kurzanalyse wird Mitte 2016 vorgelegt und auf dem Informationsportal www.wegweiser-praevention.de veröffentlicht werden. Sie wird als Grundlage für die Erfassung von Bedarfen und Planung künftiger Projekte dienen.

In einem Workshop, der in den Räumlichkeiten des Bundesministeriums des Innern in Berlin stattfand, tauschten geladene Teilnehmer aus verschiedenen Bundesländern, die überwiegend mit der Verankerung gewaltpräventiver Konzepte befasst sind, Erfahrungen aus und formulierten Bedarfe und Anforderungen an Unterstützungsstrukturen für schulische Gewaltprävention. Der Workshop fand unter der fachkundigen Leitung von Herrn Helmolt Rademacher (Projektleiter „Gewaltprävention und Demokratielernen [GuD]“ des Hessischen Kultusministeriums), statt. Impulsreferate präsentierten die Implementierungsexperten Herr Prof. Dr. Andreas Beelmann (Friedrich-Schiller-Universität, Jena) und Herr Prof. Dr. Herbert Scheithauer (Freie Universität Berlin).

Workshop



Implementationsworkshop im BMI

Bild: DFK

Die Ergebnisse des Workshops flossen in eine von den Workshopleitern ausformulierte Konzeptionierung eines Implementationsrahmens schulischer Gewaltprävention ein, in der best-practice Modelle beschrieben, maßgebliche Gelingensfaktoren identifiziert und Handlungsempfehlungen gegeben werden.

Im Laufe der Projektdurchführung wurde deutlich, dass seitens der im Bereich schulischer Gewaltprävention tätigen Praktiker ein großer Bedarf nach Informations- und interprofessionellem Erfahrungsaustausch besteht. Für die kommenden Jahre ist geplant, in Verstärkung der Projektidee eine länderübergreifende Vernetzungsinitiative zu starten.

3.1.3 Kompendium „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention“

Aktuelle Beiträge aus Wissenschaft und Praxis sind in dem im Frühjahr 2015 herausgegebenen Sammelband zusammengefasst, die im Schwerpunkt den Fragen um die gelingende Implementierung von Präventionskonzepten und -angeboten gewidmet sind und in klassischer Verschriftlichung die digitalen Wissensangebote des DFK ergänzen. Das Kompendium ist – wie auch alle sonstigen Publikationen der Stiftung – über die Geschäftsstelle kostenfrei zu beziehen.



3.2 Vernetzung und Bündelung kriminalpräventiver Aktivitäten

Wie bereits in den vorangegangenen Jahresberichten dargestellt, wird die Geschäftsstelle des DFK, zurückgehend auf einen Beschluss des Arbeitskreises II „Innere Sicherheit“ der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK), seit dem Jahre 2013 sukzessive durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzelner Bundesländer verstärkt. Im Berichtsjahr konnte die Geschäftsstelle auf diesem Wege zum Teil auf insgesamt vier Kräfte zurückgreifen, die das DFK bei der Wahrnehmung der satzungsgemäßen Aufgaben unterstützten und es verstärkt in die Lage versetzten, als Ansprechstelle zur Vernetzung und Bündelung gesamtgesellschaftlicher und polizeilicher Kriminalprävention zu fungieren sowie zur Optimierung der Kooperationen auf Bundes- und Länderebene mit anderen staatlichen und nichtstaatlichen Präventionsträgern beizutragen.

*Aufwuchs der
Geschäftsstelle*

*Verstärkte Vernetzung
und Bündelung*

Auf der Grundlage einer Zielvereinbarung zwischen dem DFK und der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes aus dem Jahre 2013 haben die Länderkolleginnen und -kollegen im Berichtsjahr verschiedene Präventionsmaßnahmen initiiert, begleitet und durchgeführt. Im Einzelnen:

3.2.1 Prävention von Wohnungseinbruch

Die bereits im Jahre 2013 begonnene Initiative zur Förderung von Investitionen in Einbruchschutz durch Finanzanreize wurde im Jahr 2015 durch einen weiteren zentralen Baustein ergänzt.

*Prävention
Wohnungseinbruch*

Strategisches Ziel sämtlicher Maßnahmen ist die Förderung des Einbaus von Sicherheitstechnik und damit der Abbau einer entsprechenden Unterversorgung in Deutschland. Die bereits im letzten Jahresbericht beschriebenen Investitionen in Sicherheitstechnik in Kombination mit den beiden KfW-Förderprogrammen „Altersgerechter Umbau“ bzw. „Energieeffizient Sanieren“ wurden von der Bevölkerung sehr gut angenommen. Die KfW-Bankengruppe konnte für das 1. Halbjahr 2015 aus einer Neukundenbefragung erste Ergebnisse über die Attraktivität und Nachfrage der Finanzierung für Maßnahmen zum Schutz gegen Wohnungseinbruch mitteilen. Danach investierte ca. ein Drittel aller Kreditnehmer im Bereich altersgerechter Umbau auch in Einbruchschutz, davon vorrangig in einbruchhemmende Haus- und Wohnungstüren. Der Investitionsumfang für die Maßnahmen des Einbruchschutzes belief sich auf ca. 1 – 4 % der gesamten Investitionskosten, was einem Betrag von ca. 700 bis 3.000 Euro entspricht.

KfW-Förderprodukte

Im Berichtsjahr 2015 konnte das DFK über die bisherigen KfW-Programme hinaus die Förderung des Einbruchschutzes als Einzelmaßnahme anstoßen und beteiligte sich an der Vorbereitung und Umsetzung dieses zusätzlichen Finanzanreizes. Auch dieses Programm mit einem jährlichen Fördervolumen von 10 Mio. Euro bis 2017 ist auf großes Interesse bei den Bürgerinnen und Bürgern gestoßen. Es umfasst Finanzanreize zur gezielten Förderung von Maßnahmen des Einbruchschutzes durch eine Zuschuss- oder, ab dem 1. April 2016, eine Kreditvariante. Nachdem das DFK gemeinsam mit der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes zu den Förderprogrammen bereits im Frühjahr 2015 das Faltblatt „Einbruchschutz zahlt sich

Neues KfW-Programm



aus“ erarbeitet, veröffentlicht und in einer großen Auflage produziert hatte, wurden die Inhalte des Faltblattes Ende 2015 überarbeitet und um das neue Förderprogramm ergänzt. Das aktualisierte Medium erschien zum ersten Quartal 2016. Bereits im Berichtszeitraum stieß die Erstauflage auf großes Interesse, schon nach wenigen Wochen erfolgte ein Nachdruck. Das Faltblatt konnte reichweitenstark und in großer Stückzahl bundesweit über die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes sowie den Broschürenversand

der Bundesregierung und weiterer Kooperationspartner verteilt werden.

Finanzanreize von Versicherungen

Die Kontakte zur Versicherungswirtschaft konnten ausgebaut und so weitere wichtige Multiplikatoren für Informationen des Einbruchschutzes gewonnen werden. Über dieses Netzwerk hat das DFK Kooperationen angestoßen und Finanzanreize zur Förderung des Einbruchschutzes beispielsweise durch risikobezogene Prämiengestaltung bei Hausratversicherungen oder anlassbezogene Aktionen einzelner Versicherungsunternehmen in der dunklen Jahreszeit initiiert.

Sicherheitsstandards bei der Wohnraumplanung

Die Aufnahme von Sicherheitsbelangen in die Bauordnungen der Länder sowie die Berücksichtigung von Sicherheitstechnik im Bereich der Wohnraumplanung und -förderung zählte zu einem weiteren Handlungsfeld des DFK und sollte bei der gegenwärtigen Diskussion um die Schaffung neuen Wohnraums verstärkt im Blick behalten werden.

Kooperationen

Das DFK konnte die Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund e.V. (DStGB) sowie dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. (DSGV) weiter ausbauen und beispielsweise über die Regionalverbände in einzelnen Bundesländern Aktionen und Initiativen zur Information von Kunden über Sicherheitstechnik und Einbruchschutz anstoßen.

Förderung sicherheitsbezogenen Marketings bei Fachkräften des Handwerks

Über den Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) beteiligten sich das DFK sowie die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes gezielt an der Bewerbung der Förderprogramme zum Einbruchschutz. Gemeinsam wurde der Flyer „Effektiver Einbruchschutz – der Staat fördert“ erarbeitet und herausgegeben. Damit hat das DFK auch die Erkenntnis des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) aus der Studie „Wohnungseinbruch: Tat und Folgen. Ergebnisse einer Betroffenenbefragung in fünf Großstädten“ aufgegriffen, wonach durch die Beratung durch ein Sicherheitsfachgeschäft bzw. einen einschlägigen Handwerksbetrieb eine relativ starke und weitreichende Präventivwirkung ausgeht.

Wissenschaft und Praxis

Im Rahmen einer Kooperation des DFK mit dem KFN erfolgte eine Sonderauswertung der erhobenen Daten der zitierten Studie mit dem Ziel, daraus präventionsrelevante Folgerungen abzuleiten. Auf dieser Grundlage entwickelte das DFK Handlungsansätze, die im Mai 2015 in einer weiteren Ausgabe des DFK-Präventionsreports veröffentlicht und als Anregung den Präventionsakteuren zur Verfügung gestellt wurden.



Das DFK engagierte sich zudem in Arbeits- und Projektgruppen mit dem Ziel der Verzahnung und Berücksichtigung von Sicherheit und Einbruchschutz im Rahmen eines ressortübergreifenden Ansatzes des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen, Handlungsfeld „Altersgerechter Umbau im Quartier“ unter der Federführung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

Präventionsreport

Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen

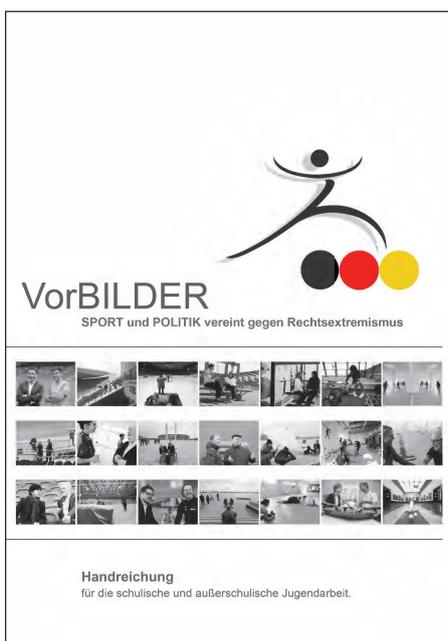
Die aktuellen Entwicklungen im Bereich des Einbruchschutzes, die Förderprogramme und alle weiteren Planungen sowie Maßnahmen im Rahmen des Partnernetzwerkes veröffentlicht das DFK in seiner Internetpräsenz (www.kriminalpraevention.de/einbruchschutz).

Ergänzt wird die Öffentlichkeitsarbeit durch mehrere Fachartikel zum Thema Wohnungseinbruch sowie im Rahmen von Vorträgen bei Fachveranstaltungen. Im ersten Halbjahr 2016 erscheint ein weiterer DFK-Präventionsreport mit dem Schwerpunktthema „Studie über Wohnungseinbruch und Prävention – Sicherheitsberatung zeigt Wirkung“.

Öffentlichkeitsarbeit
Fachartikel und Vorträge

3.2.2 Prävention von (Rechts-) Extremismus

Das Thema Prävention von Rechtsextremismus bildete auch im Berichtsjahr 2015 im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes ein wichtiges Handlungsfeld des DFK.



Wie bereits im Jahr zuvor war das DFK in der Projektgruppe (PG) „Politisch motivierte Kriminalität -rechts- (PMK -rechts-)“ der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK) vertreten und beteiligte sich an der Erarbeitung eines entsprechenden Präventionskonzeptes.

PMK -rechts-

Zu der Wanderausstellung „VorBILDER – Sport und Politik vereint gegen Rechtsextremismus“ (www.vorbilder.website) entwickelte das DFK im Auftrag des Bundesministeriums des Innern (BMI) eine Handreichung für die schulische und außerschulische Jugendarbeit. Sie ergänzt die Ausstellung durch vielfältige pädagogische Anregungen und Hintergrundwissen,

„VorBILDER“

kann aber auch unabhängig von einem Ausstellungsbesuch verwendet werden. Ziel ist es, insbesondere Jugendliche über Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus aufzuklären. Die Handreichung richtet sich an Fachkräfte (z. B. Lehrer, Schul- und Jugendsozialarbeiter, Übungsleiter, Trainer), die mit Jugendlichen ab einem Alter von zwölf Jahren tätig sind und kann sowohl im institutionellen Kontext von Schule und Jugendeinrichtungen als auch in Sportvereinen eingesetzt werden.

Handreichung

Erstmals öffentlich präsentiert wurde die Handreichung im Rahmen der Eröffnung der Wanderausstellung im Düsseldorfer Landtag im September 2015, wo sich das DFK mit Frau M.A. Antje Gansewig auch an der Podiumsdiskussion beteiligte, an der unter anderem Justizminister Thomas Kutschaty teilnahm.



NRW-Justizminister Kutschaty mit Langstreckenläufer Jan Fitschen

Foto: JM NRW

Mittels der Internetpräsenz des DFK wurde über die Wanderausstellung und die Handreichung umfassend informiert, ebenso durch einen Fachartikel in der vom DFK herausgegebenen Zeitschrift *forum kriminalprävention*, Ausgabe 3/2015. Seit Oktober 2015 kann die Handreichung kostenfrei als Druckexemplar inklusive DVD mit allen verwendeten Materialien bei der DFK-Geschäftsstelle angefordert werden. Auch steht eine Online-Version als Download zur Verfügung. Die Resonanz auf die Handreichung ist erfreulich positiv und die Nachfrage konstant hoch. Die Handreichung wurde Anfang 2016 unter anderem auf Europas größter und wichtigster Bildungsmesse „Didacta“ verteilt.

3.2.3 Wirtschaftsschutz und Wirtschaftskriminalität

Das DFK war im Berichtsjahr in einer Expertengruppe vertreten, in der unter Federführung des Bundesministeriums des Innern mit Vertretern aus Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Sicherheitsbehörden Eckpunkte zur Information und Sensibilisierung von Verantwortlichen von Klein- und Mittelständischen Unternehmen über die Gefahren sowie die Notwendigkeit und Bedeutung von Maßnahmen des Wirtschaftsschutzes und der Prävention von Wirtschaftskriminalität erarbeitet wurden. Ferner wurden mit dieser Zielrichtung Veranstaltungsformate und Vortragsreihen für die Sicherheitsverantwortlichen von Unternehmen konzipiert. Gemeinsam mit den Empfehlungen weiterer Expertengruppen wird im Frühjahr 2016 die Auftaktveranstaltung zur Vorstellung eines Maßnahmenpakets erfolgen.

Wirtschaftsschutz

3.2.4 Informations- und Servicestelle für Präventionsplanung (ISeP)

Die bereits im Vorjahr begonnene Umsetzung der Konzeption einer Informations- und Servicestelle für Präventionsplanung (ISeP) wurde im Berichtsjahr fortgesetzt, die Kontaktaufnahme sowie der vertrauensvolle und konstruktive Austausch von kriminalpräventiven Planungsinformationen beispielsweise mit den jeweilig zuständigen Bundesministerien sowie den tangierten Fachministerkonferenzen wurde weiter intensiviert. Die Erkenntnisse und ISeP-relevanten Informationen wie auch die Erreichbarkeit von Ansprechpartnern werden von der Geschäftsstelle kontinuierlich ausgewertet, aufbereitet und aktualisiert und fließen bedarfsbezogen in die Projektarbeit zur Entwicklung übergreifender Präventionskonzepte ein. Das Ziel, die Schnittstelle zwischen polizeilicher und gesamtgesellschaftlicher Kriminalprävention zu optimieren und nicht gewollte Doppelarbeit der Präventionsakteure zu vermeiden, kommt beispielsweise bei der Erarbeitung des Konzeptes der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes zur Prävention von Rechtsextremismus und des Konzeptes zur Sicherheit im Zusammenhang mit Zuwanderung zum Ausdruck. Die verwendete Datenbank unterliegt einem stetigen Bereinigungs- und Optimierungsprozess. Hierzu erfolgt ein stetiger Austausch mit den zuständigen Ansprechpartnern der jeweiligen Administration.

„ISeP“

3.3 Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)

DFK als nationale Kontaktstelle

Im Rahmen seiner Funktion als nationale Kontaktstelle hat das DFK an den Veranstaltungen des „Europäischen Netzwerkes für Kriminalprävention (EUCPN)“ teilgenommen, die Tagungsergebnisse in Deutschland multipliziert sowie den Informationsaustausch mit den europäischen Partnern fortgesetzt.



Best-Practice-Konferenz

Während der alljährlichen Best-Practice-Konferenz des EUCPN – im Berichtsjahr zum Thema „Internetkriminalität und Prävention“ – verlieh ein hochrangiger Repräsentant des luxemburgischen Innenministeriums am 17. Dezember 2015 den European Crime Prevention Award (ECPA) an das niederländische Projekt „SME Cybersecure“, das die IT-Sicherheit von kleinen und mittleren Betrieben verbessern will. Der Preis ist mit 10.000 EUR dotiert. Weitere Preise und jeweils 5.000 EUR erhielten

Europäischer Präventionspreis

- das deutsche Programm „Medienhelden“, ein von Prof. Dr. Herbert Scheithauer und seinem Team an der Freien Universität Berlin entwickeltes Manual zur Prävention von Cybermobbing (Platz 2) sowie
- das luxemburgische Projekt „Bibi und Freunde“, das sich an Vorschulkindern richtet und Grundkenntnisse für eine sichere Nutzung des Internets vermittelt (Platz 3).

Weitere Preise



Die drei Gewinner nach der Preisverleihung in Luxemburg

Foto: EUCPN

3.4 Kooperationspartnerschaft „Deutscher Präventionstag“ (DPT)

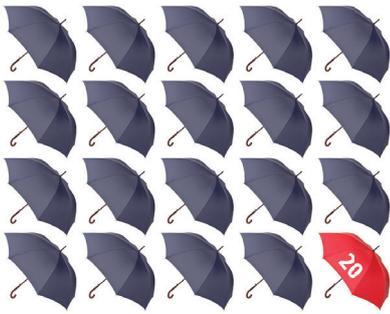
*20. DPT in Frankfurt:
„Prävention rechnet sich“*

Im Jubiläumsjahr wurde beim 20. Deutschen Präventionstag 2015 in Frankfurt am Main die ungewöhnliche Perspektive einer ökonomischen Betrachtung präventiver Arbeit zur Diskussion gestellt. Das ausführliche Gutachten des Hannoveraner Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Dr. Stephan Thomsen beleuchtete Bedeutung sowie Schwierigkeit einer Wirtschaftlichkeitsrechnung

(kriminal-) präventiven Handelns und ermöglichte zudem eine Wiederbelebung des stets notwendigen Diskurses um die legitimierenden Grundlagen des Präventionsansatzes.

Wird ökonomische Effizienz als Argument benötigt, um die positive Beeinflussung individueller Entwicklungen und sozialer Prozesse zu rechtfertigen? Weder die allgemeine Erziehung und Förderung von Kindern und Jugendlichen noch die spezifische soziale und präventive Arbeit mit Menschen in problematischen Lebenslagen sollten von ökonomischen Begründungen abhängig gemacht werden. Dennoch: Jenseits der Klarstellung zu den legitimierenden Grundlagen von Prävention kann es interessant sein, die (Folge-)Kosten von Kriminalität, Gewalt, Sucht sowie anderen schädigenden Verhaltensweisen zu berechnen und den tatsächlichen oder geschätzten Erträgen einer aktiven Schadensvermeidung bzw. Prävention gegenüberzustellen.

Prävention rechnet sich.
Zur Ökonomie der Kriminalprävention
8./9. Juni 2015



DPT20
Kongress 2015 · Frankfurt/M.

In der Frankfurter Erklärung der Kongresspartner heißt es dazu:

Frankfurter Erklärung

„Der Deutsche Präventionstag fordert, auch für Deutschland systematische Kosten-Nutzen-Analysen zur Kriminalprävention zu erarbeiten und die nicht unerheblichen methodischen Schwierigkeiten, die mit diesen Analysen verbunden sind, als wissenschaftliche Herausforderung anzunehmen. [...]

Die ökonomische Betrachtung der Kriminalität und ihrer Prävention könnte ein Anlass dazu sein, auf der politischen Ebene zu einem Ausbau evidenzbasierter Kriminalprävention zu kommen.“



Messestand des DFK

Foto: DFK

DFK als Partner

Das DFK hat sich – wie in den Jahren zuvor – als ständiger Veranstaltungspartner sowohl finanziell als auch im Programmbeirat engagiert, war mit einem Messestand vor Ort vertreten und hat sich mit Vorträgen und Moderationen im Programm inhaltlich beteiligt.

Vortragsreihe und Moderation



Fotos: DFK

Fachlicher Informationsaustausch

3.5. Mitarbeit im Städtenetzwerk Kriminalprävention

Auch in diesem Jahr trafen sich die Mitglieder des „Städtenetzwerkes Kriminalprävention“, in dem das DFK als Gründungsmitglied seit 2001 Kooperationspartner ist, zweimal zum Informations- und Erfahrungsaustausch. Die in jährlichem Turnus wechselnde Geschäftsführung des Städtenetzwerkes oblag im Berichtsjahr der Stadt Hildesheim.

Themenschwerpunkte

Am Rande des 20. Präventionstages in Frankfurt am Main wurden aktuelle Fragen aus dem Arbeitsfeld kommunaler Prävention diskutiert und die Schwerpunktthemen der Arbeitstagung im Herbst erörtert.

Das zweitägige Herbsttreffen, das traditionell von der amtierenden Geschäftsführung organisiert wird, fand im November in Hildesheim statt. Verschiedene Teilnehmer des Netzwerkes stellten Konzepte aus der eigenen Präventionsarbeit vor. Das DFK referierte zum Thema „Bekämpfung von Wohnungseinbruch – Förderanreize zum Einbau von Sicherheitstechnik“. Ausführlich diskutiert wurden Zuständigkeiten kommunaler Präventionsgremien sowie Problemlagen und Lösungsansätze im Themenbereich kommunaler Flüchtlingsarbeit.

Austausch über aktuelle Problemlagen

Jenseits der Treffen wurde unbürokratisch per E-Mail ein Austausch über verschiedene, aktuelle Fragenkomplexe einzelner Teilnehmer (Jugendschutz bei LaserTag, Betreuung bei Substitutionsbehandlung, Erfahrungen mit Verkehrsübungsplätzen u.a.) initiiert.

So bot das Städtenetzwerk auch im Berichtsjahr den Mitgliedern ein Forum für wertvolle und effektive Unterstützung der praktischen Arbeit und Vernetzung über lokale Grenzen hinaus.

Grundlegendes zum Städtenetzwerk (Mitglieder, Leitideen u.a.) kann auf der DFK-Homepage (www.kriminalpraevention.de/staedtenetzwerk) nachgelesen werden.

3.6 DFK-Wirtschaftsdialog

Nachdem Herr Dr. Rüdiger Grube als Vizepräsident des Stiftungskuratoriums in der Sitzung am 28. Mai 2014 ein Round-Table-Gespräch mit den Leitern der Unternehmenssicherheit (CSO) großer DAX-Konzerne zwecks Gewinnung weiterer Partner vorgeschlagen hatte, fand dieses am 19. Januar 2015 im Bahntower in Berlin statt.

Nach Impulsreferaten durch das Präsidium des Stiftungskuratoriums und Herrn Prof. Dr. Herbert Scheithauer von der Freien Universität Berlin diskutierten die Vortragenden mit den 15 Vertretern der eingeladenen DAX-Unternehmen und dem DB-Generalbevollmächtigten Ronald Pofalla Ziele und Tätigkeiten des DFK und traten in einen offenen Dialog ein. Der aufgenommene Gesprächsfaden soll 2016 im Sinne eines kontinuierlichen Austauschs weitergeknüpft werden.

Ziel des Wirtschaftsdialoges ist es, Unternehmen im Sinne einer strategischen Allianz für ein verstärktes Engagement im DFK bzw. für spezifische Präventionsprojekte zu gewinnen. Bislang sind aus dem Kreis der DAX 30 nur die Deutsche Telekom AG und die Siemens AG Mitglieder des Stiftungskuratoriums. Neben einer Zustiftung könnten sich die DAX 30 beispielsweise auch durch die Förderung der Implementation oder der Evaluation eines Präventionsprogrammes und nicht zuletzt durch eine Spende im Rahmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortungsübernahme beteiligen (letzteres geschehen im Zuge des ersten Wirtschaftsdialoges durch zwei der eingeladenen Unternehmen).

Round Table mit den DAX 30-Konzernen

Impulsreferate und Diskussion

Flyer „Engagement der Wirtschaft für gelingende Prävention – Möglichkeiten der Förderung“

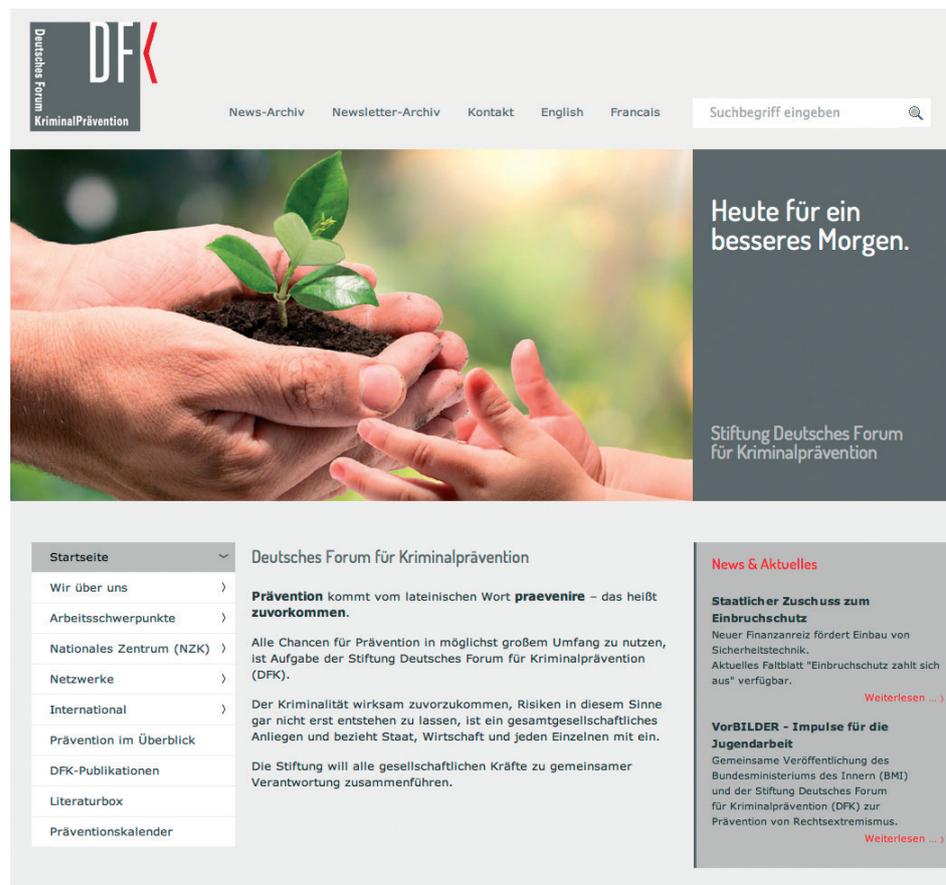


3.7 Wissensmanagement und Öffentlichkeitsarbeit: Website, Newsletter, Fachpublikationen, Zeitschrift

Funktionen der Website

Die Website www.kriminalpraevention.de ist mehr denn je unverzichtbares Mittel des Wissenstransfers sowie der Öffentlichkeitsarbeit und vernetzt unter anderem bereits vorhandene Präventionsstrukturen auf kommunaler und regionaler Ebene in Deutschland. 2015 wurden Struktur und Design der Website modernisiert sowie die Inhalte überarbeitet und aktualisiert. Nach Online-Schaltung Mitte März zeigte sich die Website im neuen Gewande.

Relaunch



Startseite

Die neue DFK-Website orientiert über Leitbild, Aufgaben bzw. Arbeitsbereiche der Geschäftsstelle sowie die Mitarbeit in zahlreichen Netzwerken und versteht sich als ein Instrument des Wissensmanagements für die Handlungsfelder der Prävention.

Newsletter

Die Website bietet die Möglichkeit, kostenlos den periodischen DFK-Newsletter zu abonnieren. Insgesamt fünf Ausgaben haben im Berichtsjahr von der Arbeit der Geschäftsstelle berichtet und weitere Nachrichten multipliziert.

Zeitschrift „forum kriminalprävention“

Die vom DFK herausgegebene Zeitschrift „forum kriminalprävention“ hat das zentrale Anliegen, Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu vermitteln sowie den Wissenstransfer und die Vernetzung der vielfältigen Präventionsinstanzen zu fördern.

Zielrichtungen und Zielgruppen

Als Sprachrohr von Praxis und Wissenschaft zugleich werden viele Handlungsfelder der Prävention präsentiert und diskutiert. Der fachliche Diskurs wird angestoßen und geführt. Impulse zu mehr politischer Verantwortungsüber-

nahme bei der Schaffung von Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für präventive Arbeit sind häufig innewohnende und zuweilen ausdrückliche Anliegen der Beiträge und Kommentierungen. Das Interesse der Präventionsgremien in Bund, Ländern, Städten und Gemeinden, innerhalb der Polizei und Justiz, von Kinder- und Jugendinstitutionen sowie bei Erzieherinnen und Erziehern ist ausweislich der Rückmeldungen zu den Themenschwerpunkten der einzelnen Ausgaben ungebrochen.

Die Zeitschrift des DFK erscheint vierteljährlich beim „Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH“ (VdP). Die Redaktion wird seit 2010 von Herrn Wolfgang Kahl geleitet.

Verlag Deutsche
Polizeiliteratur



Titel 2015



Seit 2011 gibt es die jeweils aktuelle Online-Ausgabe zum Blättern.

Online-Ausgabe

Das Archiv (ab 2010) hält wichtige Artikel im PDF-Format vor und zu allen Beiträgen gibt es Angaben zum Inhalt. Im alten Archiv können Titel und Kurzbeschreibungen der Artikel aller Ausgaben 2001 bis 2010 recherchiert werden.

4. Arbeitsstelle Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK)

„Maßnahmen der Kriminalprävention sind häufig kurzfristig und empirisch nicht hinreichend fundiert (vor allem nach spektakulären Einzelfällen). Dies gilt nicht nur, aber auch für Deutschland. Es fehlen oft fundierte Wirksamkeitsprüfungen und es bestehen Mängel in der Auswahl und Umsetzung geeigneter Maßnahmen und Strategien. Beide Tatsachen tragen dazu bei, dass die Kriminalprävention in Deutschland hinsichtlich der tatsächlichen Reduktion von Straftaten, des wirtschaftlichen Einsatzes von Ressourcen und der politischen Konsensfähigkeit hinter den Möglichkeiten zurückbleibt“ –

so lautete die Diagnose der Arbeitsgruppe „Kriminalität und Sicherheit“ in dem von der Bundeskanzlerin in der 17. Wahlperiode eingesetzten Dialog über Deutschlands Zukunft.

Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin

Unter den Fragestellungen „Wie wollen wir zusammenleben? Wovon wollen wir leben? Wie wollen wir lernen?“ hatte die Bundeskanzlerin im Jahre 2011 rund 130 Fachleute aus Wissenschaft und Praxis sowie zeitversetzt Bürgerinnen und Bürger um Handlungsvorschläge und Denkanstöße für die politische Arbeit gebeten. In der Arbeitsgruppe Kriminalität und Sicherheit fanden sich zu diesem Zweck die Experten Prof. Dr. Britta Bannenberg (Leitung), Honey Deihimi, Christian Horn, Prof. Dr. Dr. h.c. Friedrich Lösel, Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier, Prof. Dr. Herbert Scheithauer, Prof. Dr. Herbert Schubert, Thomas Weber und Prof. Dr. Andreas Zick zusammen. Diese erarbeiteten insgesamt 15 Vorschläge, die sie im Frühjahr 2012 vorlegten und die im August 2012 veröffentlicht wurden.

Vorschläge der Arbeitsgruppe Kriminalität und Sicherheit

Einer dieser Vorschläge, der ausweislich der Experten zudem prioritär zu verfolgen sei, war die Schaffung eines Nationalen Zentrums für Kriminalprävention. Dieses solle am Modell einer evidenzbasierten Medizin orientiert kurz-, mittel- und langfristig empirisch fundiertes Wissen für die Prävention und Kontrolle von Kriminalität erarbeiten und für die Politik handlungsorientiert aufbereiten. Das Zentrum, an dessen Aufbau das DFK und die Kriminologische Zentralstelle (KrimZ) angemessen zu beteiligen sei, solle zwei zentrale Aufgabenbereiche haben: Erstens die Erzeugung von Wissen für eine evidenzbasierte Kriminalprävention durch fundierte Evaluationen und zweitens den Transfer der Erkenntnisse in die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche bzw. die dort tätigen Professionen.

Nationales Zentrum für Kriminalprävention als prioritäres Ziel

Von den insgesamt weit über hundert Vorschlägen aller 18 eingesetzten Arbeitsgruppen destillierte das Bundeskanzleramt eine Liste von 24 Vorschlägen, die mit dem Ziel der Umsetzung einer genaueren Prüfung unterzogen werden sollten, darunter den Vorschlag der Arbeitsgruppe Kriminalität und Sicherheit zur Schaffung eines Nationalen Zentrums für Kriminalprävention. In der Folgezeit fand unter Federführung des Bundesministeriums des Innern diese Prüfung statt, die, wenngleich der Vorschlag keine Aufnahme in den Koalitionsvertrag der 18. Wahlperiode fand, letztlich dazu führte, dass die Kernidee der Experten weiterverfolgt wurde und wird. Die Einrichtung eines Nationalen Zentrums für Kriminalprävention soll danach in zwei Schritten er-

folgen: In einem ersten Projektzeitraum bis zum 31. Dezember 2018 wird beim DFK eine Arbeitsstelle „Nationales Zentrum für Kriminalprävention in Gründung“ (im Folgenden: NZK) mit einer wissenschaftlichen Leitung sowie zwei Vollzeitstellen wissenschaftlicher Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen eingerichtet. Ziel der Gründungsphase ist es, inhaltliche und organisatorische Erfahrungen zu sammeln und auszuwerten. Das BMI stellt für diesen Zeitraum jährliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 Euro zur Verfügung. In einem zweiten Schritt soll dann, auf der Grundlage der in den ersten Jahren gemachten Erfahrungen, über die Weiterentwicklung des NZK entschieden werden.

Die fachliche Verantwortung und Koordination für das NZK übernimmt eine Steuerungsgruppe, die sich erstmals am 13. April 2015 mit Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière beraten konnte.

*Grundsteinlegung
am 13. April 2015*



v.l.n.r.: Huss (BMJV), Prof. Dr. Meier, Prof. Dr. Bannenberg, Dr. Böhm (BMJV), Bundesminister Dr. de Maizière, Prof. Dr. Dr. Lösel, Dr. Rettenberger (KrimZ), Salgmann (ProPK) und Daniel (DFK)
Foto: BMI 2015

Der Steuerungsgruppe gehören seitens der Wissenschaft Herr Prof. Dr. Dr. h.c. Friedrich Lösel (Cambridge/Erlangen-Nürnberg) als Sprecher, Frau Prof. Dr. Britta Bannenberg (Gießen) als stellvertretende Sprecherin, Herr Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier (Hannover) und Herr Prof. Dr. Herbert Scheithauer (Berlin) an. Darüber hinaus sind je ein Vertreter der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK), der Kriminologischen Zentralstelle (KrimZ), der Geschäftsstelle des Programms Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) sowie des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) Mitglieder der Steuerungsgruppe.

Steuerungsgruppe

Um Sachverstand und Impulse aller wesentlichen Akteure der Kriminalprävention einbeziehen zu können, wird ein Beirat aus Vertretern anerkannter Fachinstitutionen und Forschungseinrichtungen einberufen, derzeit: Arbeitskreis der Opferhilfen, Arbeitskreis II der IMK, Deutsche Hochschule der Polizei, Deutscher Präventionstag, Deutscher Städtetag, Deutsches Jugendinstitut, Professur für Kriminalprävention und Risikomanagement Tübingen, Kriminalistisches Institut des Bundeskriminalamtes, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, Landespräventionsgremien, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht Freiburg und Weisser Ring.

Beirat

Personalauswahlverfahren

Im Berichtsjahr liefen beim DFK die Vorbereitungsarbeiten zur Einrichtung des NZK auf Hochtouren. Gemeinsam mit der Steuerungsgruppe wurden die wissenschaftlichen Personalstellen ausgeschrieben, die zahlreich eingegangenen Bewerbungen gesichtet und entsprechende Auswahlgespräche geführt.

Mitarbeiter/innen

Schließlich konnten für das NZK als Leiter Herr Dr. phil. Andreas Armborst, Dipl.Soz., M.A. (Kriminologie), sowie als Mitarbeiter/innen Frau Dr. phil. Maria Walsh, M.A. (Pädagogik, Kriminologie, Psychologie) – in Vollzeit – sowie Herr Benjamin Pniewski, M.Sc. (Psychologie) und Herr Marcus Kober, M.A. (Politologie, Öffentliches Recht und Soziologie) – mit jeweils halber Wochenarbeitszeit – gewonnen werden. Die Arbeit begann im Januar 2016 in einer Bürogemeinschaft mit der DFK-Geschäftsstelle in Bonn.



Dr. phil.
Andreas Armborst



Dr. phil. Maria Walsh



Benjamin Pniewski



Marcus Kober

Aufgaben des NZK



Das Team des NZK wird wissenschaftliche Erkenntnisse in Forschungssynthesen und Metaanalysen zusammenführen und für Kriminalpolitik und Präventionspraxis handlungsorientiert aufbereiten. Eigene Forschung kann sich etwa im Bereich der empirischen und systematischen Überprüfung von Präventionsmaßnahmen anschließen. Die inhaltlichen Schwerpunkte werden voraussichtlich die Themenbereiche rechts, links sowie religiös motivierter Radikalisierung, junge Mehrfach- und Intensivtäter, Hooliganismus, Rückfallprävention von Sexualstraftätern sowie qualitätsgesicherte Implementierung und Verbreitung von Programmen zur Gewaltprävention umfassen. Konkrete Projekte und Arbeitspakete werden zwischen Arbeitsstelle und Steuerungsgruppe unter Einbeziehung des Beirates im Frühjahr 2016 abgestimmt. Nähere Ausführungen zur inhaltlichen Arbeit des NZK sind demzufolge dem Jahresbericht 2016 vorbehalten. Über Einzelheiten und Fortschritte geben bis dahin die Webseite des DFK und die in Vorbereitung befindliche Webseite des NZK Auskunft.

5. Organisation, Personal und Finanzlage der Stiftung

5.1 Organisation

Die Geschäftsstelle des DFK ist an ihrem Stiftungssitz in Bonn beheimatet, konkret in der Dienststelle Bonn des Bundesministeriums des Innern in der Graurheindorfer Straße 198 in Bonn-Castell.

*Sitz der Geschäftsstelle
in Bonn*

5.2 Personal

Zum Ende des Berichtsjahres waren in der Geschäftsstelle des DFK neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beschäftigt.

*Personalsituation
der Geschäftsstelle*

Leiter der Geschäftsstelle und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Stiftung ist weiterhin Herr Oberstaatsanwalt Stefan Daniel, dem DFK seit dem Jahre 2009 vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) zugewiesen. Ebenfalls aus dem BMJV stammt Frau Staatsanwältin Christine Liermann, die seit dem Jahre 2010 im DFK tätig ist. Herr Kriminaldirektor Dipl.-Kfm. Wolfgang Kahl vom Bundeskriminalamt ist seit dem Jahre 2003 in der Geschäftsstelle tätig. Ebenso von dort zugewiesen ist seit dem Jahre 2014 Frau Kriminaldirektorin Martina Kessow.

Die bereits beschriebene Unterstützung durch den Arbeitskreis II „Innere Sicherheit“ der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) wurde im Berichtsjahr durch Herrn Leitenden Kriminaldirektor Reinhold Hepp vom Polizeipräsidium Stuttgart (seit April 2013), Herr Kriminalhauptkommissar Detlev Schürmann, M.A., vom Polizeipräsidium Bonn (seit Juli 2013), Frau Antje Gansewig, M.A. (seit dem 1. Juli 2014 zugewiesen aus Schleswig-Holstein) und Frau Polizeihauptkommissarin Sabrina Kolbe, M.A., vom Polizeipräsidium Berlin (seit 1. November 2015) geleistet. Die Tätigkeit von Frau Kriminalhauptkommissarin Mechthild Schlitz vom Landeskriminalamt Hessen endete zum 30. April des Berichtsjahres.

Die administrativen Abläufe der Geschäftsstelle werden seit dem Jahre 2013 durch Frau Elke Rink aus dem Bundesministerium des Innern unterstützt.

5.3 Finanzlage

Der eingezahlte Stiftungsstock betrug zum 31. Dezember 2015 unverändert EUR 2.822.800,12.

Stiftungskapital konstant

Die Verwaltung des Vermögens erfolgte im Berichtsjahr weiterhin durch das Bankhaus Merck Finck & Co.

Vermögensverwaltung

Für die Stiftungsarbeit konnte aus dem Vermögen im Berichtsjahr ein Betrag in Höhe von EUR 60.000 entnommen werden.

Entnahmen

Als zusätzliche wesentliche Einnahmen sind dem DFK zugegangene Spenden in Höhe von EUR 8.000 zu nennen.

Sonstige Einnahmen

Daneben ist für das Berichtsjahr erneut auf Zuwendungen des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) und des Bundesministeriums des Innern (BMI) hinzuweisen. Das BMJV stellte dem DFK allgemeine

*Zuwendungen
BMJV und BMI*

Projektfördermittel in Höhe von bis zu EUR 60.000 zur Verfügung, von denen EUR 58.500 die für die beschriebenen Projekte im Arbeitsschwerpunkt „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention“ (vgl. Kapitel 3.1) verwendet werden konnten. Die Zuwendung des BMI betraf zum einen die Finanzierung der in Kapitel 1 beschriebenen Professur für Kriminalprävention und Risikomanagement an der Universität Tübingen (hier standen bis zu EUR 200.000 zur Verfügung, von denen durch die Universität rund EUR 183.000 verwendet wurden), zum anderen die Vorbereitungsarbeiten zur Einrichtung der zum 1. Januar 2016 gestarteten Arbeitsstelle Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK), die mit rund EUR 90.000 zu Buche schlugen.

Ausgaben 2015

Das DFK hat im Berichtsjahr 2015 für die oben im Einzelnen beschriebene Stiftungsarbeit (ohne Professur Tübingen und NZK-Aufbau) rund EUR 137.000 aufgewendet. Mit rund EUR 46.500 entfiel ein großer Teil auf das unter Ziffer 3.1 dieses Berichtes dargelegte Projekt „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention“. Einen weiteren großen Anteil nahm mit rund EUR 31.500 die Förderung von Projekten ein. Die Unterstützung des 20. Deutschen Präventionstages schlug mit EUR 15.000 zu Buche. Für allgemeine Geschäftsausgaben der Stiftung einschließlich Buchhaltung, Jahresabschluss und Broschüren wurden rund EUR 22.500 aufgewendet, für den Internetauftritt rund EUR 9.000.

Budget-Übersicht 2015

Tabellarisch lässt sich das Budget im Überblick wie folgt zusammenfassen:

Budgetplanung 2015 (gerundet)		Ausgaben 2015 (gerundet)	
Übertrag aus 2014	49.500 EUR	Projekt „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention“	46.500 EUR
Entnahme aus den Stiftungserträgen	60.000 EUR	Projektförderungen	31.500 EUR
Spenden und sonstige Einnahmen	8.000 EUR	Geschäftsausgaben (incl. Buchführung u. Jahresabschluss), Infrastruktur, Broschüren, Fundraising	22.500 EUR
BMJV-Zuwendung	58.500 EUR	Internet	9.000 EUR
		Förderung 20. DPT	15.000 EUR
		Projekte im Rahmen der Zielvereinbarung DFK-PLPK/AK II	12.500 EUR
		Summe Ausgaben	137.000 EUR
		Übertrag nach 2016*	39.000 EUR
Summe	176.000 EUR	Summe	176.000 EUR

* Im Übertrag sind überjährige Mittel für das Projekt „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention“ (EUR 14.500) und die Förderung des 21. DPT (EUR 15.000) enthalten, die erst im Januar 2016 zur Auszahlung gelangten.

Die Zuwendungsmittel des BMI für die Einrichtung und den Betrieb der Professur für Kriminalprävention und Risikomanagement an der Universität Tübingen und die Mittel für den Aufbau des NZK sind aus Gründen der Übersichtlichkeit folgender gesonderter Tabelle zu entnehmen:

*Förderbudget Professur
Kriminalprävention 2015*

Budgetplanung 2015		Ausgaben 2015	
BMI-Zuwendung Univ. Tübingen	200.000 EUR	Mittelverbrauch Universität Tübingen	183.000 EUR
BMI-Zuwendung Aufbau NZK	500.000 EUR	Mittelverbrauch NZK	90.000 EUR

5.4 Jahresabschluss 2014

Die Solidaris Revisions-GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft hat am 3. April 2015 den Jahresabschluss der Stiftung zum 31. Dezember 2014 auf der Grundlage der dort geführten Bücher unter Beachtung von Gesetz, des IDW-Standards S 7 und der Satzung erstellt. Der Jahresabschluss der Stiftung zum 31. Dezember 2015 befand sich zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieses Berichtes bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch in Erstellung.

*Jahresabschluss 2014
von Solidaris erstellt*

Anhang I:

Mitglieder des Kuratoriums am 31. Dezember 2015

Institution	Name
Adolf Würth GmbH & Co. KG	Prof. Dr. Ulrich Roth
ARD	Barbara Massing
Bankhaus Sal. Oppenheim	Uwe Gerstenberg
BHE Bundesverband Sicherheitstechnik e.V.	Dr. Urban Brauer
Bosch Sicherheitssysteme GmbH	Christoph Hampe
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege	Dr. Wiebke Steffen
Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK)	André Schulz
Bundesdruckerei GmbH	Ulrich Hamann
Bundesrepublik Deutschland	Bundesminister des Innern Dr. Thomas de Maizière (Präsident) Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz Heiko Maas Bundesministerin für Bildung und Forschung Prof. Dr. Johanna Wanka Bundesminister für Gesundheit Hermann Gröhe Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Manuela Schwesig
Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)	Dr. Heiko Willems
Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V.	Dietmar Wolff
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	Dr. Helmut Fogt
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Städte- und Gemeindebund	Uwe Lübking
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Landkreistag	Jörg Freese
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Städtetag	Dr. Helmut Fogt
Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) Wirtschafts- und Arbeitgeber- verband e. V.	Gregor Lehnert
Christ Juweliere und Uhrmacher seit 1863 GmbH	Melanie Thomann-Bopp

Institution	Name
consulting plus Holding GmbH	Stefan Bisanz
Deutsche Bahn AG	Dr. Rüdiger Grube (Vizepräsident)
Deutsche Telekom AG	Axel Petri
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)	Oliver Malchow
Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Prof. Dr. Stephan Wernicke
Deutscher Mieterbund e.V.	Dr. Franz-Georg Rips
Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)	Martin Schönwandt
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V. (DSGV)	Dr. Karl-Peter Schackmann- Fallis
Freie Hansestadt Bremen	Senator für Inneres und Sport Ulrich Mäurer
Freie und Hansestadt Hamburg	Senator für Inneres und Sport Michael Neumann
Freistaat Bayern	Staatsminister des Innern Joachim Herrmann
Freistaat Sachsen	Staatsminister des Innern Markus Ulbig
Freistaat Thüringen	Minister für Inneres und Kommunales Dr. Holger Poppenhäger
Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV)	Thomas Leicht
Gewerkschaft der Polizei (GdP)	Sascha Braun
Giesecke & Devrient GmbH	Fabian Bahr
Handelsverband Deutschland (HDE) Der Einzelhandel	Stefan Genth
Klüh Security GmbH	Gunnar Rachner
Kommissariat der Deutschen Bischöfe	Prälat Dr. Karl Jüsten
KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Rüdiger H. Birkental
Land Baden-Württemberg	Innenminister Reinhold Gall
Land Berlin	Senator für Inneres Frank Henkel
Land Brandenburg	Innenminister Karl-Heinz Schröter
Land Hessen	Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann
Land Mecklenburg-Vorpommern	Innenminister Lorenz Caffier
Land Niedersachsen	Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (Vizepräsidentin)

Institution	Name
Land Nordrhein-Westfalen	Minister für Inneres und Kommunales Ralf Jäger
Land Rheinland-Pfalz	Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur Roger Lewentz
Land Sachsen-Anhalt	Minister des Innern Holger Stahlknecht
Land Schleswig-Holstein	Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten Stefan Studt
L-1 Identity Solutions AG	Dr. Martin Werner
Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland	Nele Allenberg
Saarland	Minister für Inneres und Sport Klaus Bouillon
SECURITAS Deutschland Holding GmbH & Co. KG	Manfred Buhl
Siemens AG	Michael Linek
VISA Europe Services Inc.	Heike Müller
Weißer Ring e.V.	Dr. Wiebke Steffen
Zentralrat der Juden in Deutschland	Dr. Josef Schuster
Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI)	Michael Linek
Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V. (ZDH)	Peter Dreißig

Anhang II:

Mitglieder des Vorstandes am 31. Dezember 2015

Name	Institution
Professor Gerd Neubeck (Vorsitz)	Deutsche Bahn AG
Stefan Daniel (Geschäftsführung)	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Norbert Seitz	Bundesministerium des Innern

Beisitzer des Vorstandes am 31. Dezember 2015

Name	Institution
Dr. Helmut Fünfsinn	Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main
Uwe Gerstenberg	consulting plus Holding GmbH
Norbert Küster	Zentralverband der Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI)

Team der Geschäftsstelle zum Redaktionsschluss (30. April 2016)

Name	Institution	Telefon/Durchwahl
		0228 - 99681
Stefan Daniel	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	- 3725
Antje Gansewig	Innenministerium Schleswig Holstein	- 3102
Reinhold Hepp	Polizeipräsidium Stuttgart	- 3471
Wolfgang Kahl	Bundeskriminalamt	- 3190
Martina Kessow	Bundeskriminalamt	- 3355
Sabrina Kolbe	Polizeipräsidium Berlin	- 3197
Christine Liermann	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	- 3384
Elke Rink	Bundesministerium des Innern	- 3275
Detlev Schürmann	Polizeipräsidium Bonn	- 3137



HERAUSGEBER

STIFTUNG DEUTSCHES FORUM FÜR KRIMINALPRÄVENTION

C/O BUNDESMINISTERIUM DES INNERN,
GRAURHEINDORFER STRASSE 198

D-53117 BONN

TEL.: 02 28/996 81 37 25

E-MAIL: DFK@BMI.BUND.DE

INTERNET: WWW.KRIMINALPRAEVENTION.DE